Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 113. Dienstag, 15. Mai 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Kernfrage des Autonomistenprozesses.

Die bisherigen Verhandlungen im Colmarer Autonomistenprozeß haben trotz aller Zusammenstöße und Redegefechte doch im Grunde nur ein Aneinandervorbeisprechen gebracht. Das Straßburger Assimilationsblatt „Journal de l'Est" schreibt kürzlich: „Rosse hat sich besonders um die Rechtfertigung der kühnen These bemüht, daß das Elsaß eine nationale Minderheit ist." Das Franzosenblatt, die Anklagebehörde und ganz Frankreich wollen einfach nicht die Wirklichkeit anerkennen, wie sie ist. Sie wenden sich gegen Bestrebungen wie Separatismus, Hochverratskomplott, die gar nicht bestehen, und weigern sich einfach, einzugestehen, daß die Heimatbewegung äußerer Ausdruck einer Entwicklung ist, die zum Bewußtwerden der nationalen Eigenart im Sinne des international anerkannten Minderheitengedankens geführt hat. Spricht man in Elsaß-Lothringen vom „Deutschtum", so heißt es entrüstet: Ihr wollt den Germanismus predigen und bestreitet, daß Elsaß-Lothringen französisch ist. Französisch ist Elsaß-Lothringen im staatlichen Sinne, deutsch aber nach dem Volkstumsbegriff. Das seit jeher in der Verwaltungsform wie im Denken zentralistische französische Volk schließt mit Gewalt die Augen vor der Tatsache, daß jetzt eine stammesdeutsche Bevölkerung in den neu gewonnenen Provinzen lebt. Daß diese Elsässer und Lothringer, die jahrzehntelang in der frommen und lügnerischen Legende als trauernde Ueberfranzosen reinster Färbung hingestellt wurden, nun auf einmal offen bekunden, daß sie Deutsche sind, Deutsche von Volksart, nicht mehr von Staatsangehörigkeit, das geht so wider alle gewohnten Vorstellungen, daß sich aus diesen pinkologischen Zuspitzungen, gemischt mit einem gut Teil bösen Willens, die mehr als eigenartige Berichterstattung der französischen Presse erklären läßt. Im Gegensatz zu der deutschen Denkweise gibt der Franzose sich auch gar keine Mühe, sich in fremde Gefühlswelten hineinzuversetzen.

Wenn Rosse auch mit Engelszungen redet, wenn er den Völkerbund und sogar George Clemenceau für seine These der nationalen Minderheit ins Feld führen kann, so rührt das die französische Presse nicht im geringsten Das schon genannte Straßburger Blatt stellt fest: „Das Schicksal der Minderheiten, ihr Rechtsstand, ihre Sicherheiten, all das ist studiert und festgelegt worden durch die Verträge, die der Beendigung der Feindseligkeiten des großen Krieges entsprochen haben. Der Völkerbund ist der Vormund und Schutz der nationalen Minderheiten. Er muß ihre Klagen kennen. Nun, man kann nach den Worten des Herrn Rosse nicht oft genug daran erinnern, daß der Versailler Vertrag hinsichtlich des Elsasses und Lothringens als nationaler Minderheiten stumm ist." Was nicht im Versailler Vertrag steht, existiert nach Ansicht dieser Kreise anscheinend nicht, für die der Versailler Vertrag nicht nur ein Evangelium, sondern Anfang und Ende der Weltgeschichte darstellt. Nach dem Versailler Vertrag ist auch die Bevölkerung Südtirols keine Minderheit in dem Sinne, daß sie dem Schutze des Völkerbundes und besonderer Vertragsbestimmungen untersteht. Trotzdem wird niemand ableugnen können, daß in Südtirol eine fremdstämmige Volksgruppe des italienischen Gesamtstaates lebt. Was hat der von der französischen Presse zitierte Protest von Bordeaux nach 1874 mit der Volkszugehörigkeit der Elsaß-Lothringer zu tun? Diese Vermischung staatlicher und volklicher Begriffe ist völlig unausrottbar. Und weiter heißt es: „Das Elsaß, Lothringen, sie bilden weder eine noch zwei Minoritäten am Rande Frankreichs. Sie sind ein Fragment und ein Ferment der wiederhergestellten Nation. Sie unterstehen nicht dem Regime (der völkerbundlichen Minderheitengesetzgebung), das einen Appell für sie machen würde. Sie können daran nur denken, wenn sie ihre Versicherung für falsch erklären wollten, daß sie loyal wieder zu Frankreich gehören." Satz für Satz die bewußte und bösartige Vermischung zweier gänzlich verschiedener Begriffszusammenhänge.

Dieser Prozeß ist weniger ein Verfahren der Furcht vor der angeblichen Verschwörung und der beabsichtigten staatlichen Loslösung als ein Prozeß der verletzten Eigenliebe. Der Gedanke, daß eines Tages die Elsässer und Lothringer zum Völkerbund gehen könnten und ihren Anspruch auf Behandlung als nationale Minderheit anmelden könnten, ist den Franzosen ganz unerträglich. Daher weichen sie auch ständig und hartnäckig der Kernfrage des Prozesses aus, trotzdem diese Kernfrage von den Angeklagten immer wieder in den Vordergrund geschoben wird. Trotzdem die Wahlergebnisse eine auch im Auslande verständliche und verstandene Sprache gesprochen haben, soll der Prozeß, allen tatsächlichen Verhältnissen und aller gesunden Vernunft zum Hohn, das Ergebnis bringen, daß eine kleine Gruppe von bezahlten Verschwörern ein Komplott gegen die Sicherheit des französischen Staates vorbereitet habe. Davon läßt sich Gericht und öffentliche Meinung Frankreichs nicht abbringen.

Eröffnung der Luftlinie Köln—Brüssel—Antwerpen.

)(Köln. Im Rahmen der Feierlichkeiten zur Eröffnung der Presse erfolgte gestern früh in Gegenwart zahlreicher Vertreter der Behörden die Eröffnung der neuen Luftlinie Köln—Brüssel—Antwerpen. Um 9 Uhr starteten vom Butzweilerhof in Köln-Bickendorf drei Verkehrsflugzeuge mit 74 Passagieren an Bord, zumeist geladenen Gästen, unter ihnen Vertreter der Presse.

Die Tariferhöhung der Reichsbahn.

vdz. Berlin. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft begründet in ihrer jetzt der Oeffentlichkeit übergebenen Denkschrift den Plan der Tariferhöhung in sehr ausführlicher Weise mit der Darlegung der Wirtschaftsgrundsätze der Reichsbahn und der finanziellen Lage. Der Denkschrift ist zu entnehmen, daß die Reichsbahn in den ersten Jahren ihrer Entwicklung begünstigt durch die Schonjahre inbezug auf die Reparationen, durch eine günstige Verkehrsentwicklung und durch Rationalisierungsmaßnahmen, gute Bilanzen aufweisen konnte. Inzwischen sind aber die Lasten der Reichsbahn außerordentlich erhöht worden, besonders für die Reparationen und für die Personalausgaben. Seit Jahresfrist, seit Beginn des Rechnungsjahres 1927 hat sich eine Mehrbelastung von 650 Millionen Mark ergeben, die durch Mehreinnahmen nicht gedeckt werden kann. Kurzfristige Kredite können über die Schwierigkeiten nicht hinweghelfen, für langfristige Kredite bestehen reparationspolitische Hindernisse, und der Inlandsmarkt ist nur begrenzt aufnahmefähig. Die Reichsbahn glaubt die Verantwortung für die gute Bedienung des Verkehrs und die Sicherheit nicht mehr übernehmen zu können, wenn ihr nicht neue Mittel zugeführt werden. Es kommt dabei eine Erhöhung der Einnahmen um fünf Prozent in Betracht, die durch grundsätzliche Erhöhung der Tarife um 15 Prozent erreicht werden müßte. Die Tariferhöhung soll auf möglichst alle Kreise der Bahnbenutzer erstreckt und grundsätzlich gleichmäßig, also ohne Bevorzugung gewisser Güter oder Gegenden ausgestaltet werden. Insgesamt sollen 260 Millionen Mark mehr erzielt werden, wovon auf den Güterverkehr 196 Millionen und auf den Personenverkehr 56 Millionen entfallen, da das Verhältnis zwischen dem Güterverkehr und dem Personenverkehr inbezug auf die Tarife auf etwa 70 zu 30 Prozent sich beläuft.

Die Gütertarife sollen gleichmäßig für alle Güter um 10 Prozent erhöht werden mit Ausnahme der Wettbewerbstarife, die sich gegen das Ausland richten, weil sonst die Auslandstransporte verloren gehen würden. Bei jeder Tariferhöhung muß natürlich mit Verkehrsverlusten gerechnet werden. Ein Teil des Güterverkehrs ist an das Auto und an die Binnenschiffahrt verlorengegangen; hierfür rechnet die Reichsbahn mit einem Verlust von 2 Proz. Diesen Verlust will die Reichsbahn durch Ausnahmetarife wieder ausgleichen. Werden diese Ausnahmetarife nicht von der Reichsregierung genehmigt, so muß mit einem größeren Transportverlust gerechnet werden.

Die Aenderung der Personentarife.

Um die 55 Millionen Mark Mehreinnahmen aus dem Personenverkehr zu erzielen, würde rechnungsmäßig eine geringfügige Erhöhung der Personentarife um drei oder vier Prozent erforderlich sein, aber es muß auch mit weiterer Abwanderung in niedrigere Eisenbahnklassen infolge einer Tariferhöhung gerechnet werden. Danach würde sich eine rein prozentuale Erhöhung für sämtliche Klassen auf 15 Prozent belaufen müssen. Das aber wäre für die vierte Klasse eine sehr fühlbare Belastung. Diese Belastung will die Reichsbahn dadurch erleichtern, daß sie zu weniger Klassen übergeht. Das System der vier Klassen ist überholt, es war berechtigt, solange die Preisunterschiede zwischen den einzelnen Klassen ihre Begründung in der Einrichtung der Klassen fand, wobei die vierte Klasse Stehplätze hatte, die dritte Klasse die Holzklasse war, die zweite Klasse, die Polsterklasse und die erste Klasse mit besserer Ausstattung als die zweite Klasse. Die wirtschaftliche Not hat zu einer Abwanderung in eine niedrigere Klasse geführt, die die Reichsbahn dauernd mit einem Ausfall von 25—30 Millionen jährlich berechnet. Zu der inneren Abwanderung kommt noch die äußere Abwanderung des Personenverkehrs an das Auto und das Luftschiff.

Wird die Zahl der Klassen verringert, so ist nur eine Tariferhöhung von 12 Prozent für die untere Klasse erforderlich. Die dritte Klasse fällt in Zukunft aus, die vierte Klasse wird die Holzklasse, in ihrer Ausstattung der bisherigen dritten Klasse entsprechend, und dann gibt es nur noch eine Polsterklasse. Die Tarifspannung zwischen der Holzklasse und der Polsterklasse soll vermindert werden, um die Abwanderung nach außen einzudämmen. Die Einheitssätze stellen sich nach dem Plan auf 3,7 Pfennig pro Kilometer in der Holzklasse und 5,8 Pfg. in der Polsterklasse. Das Prinzip der zwei Klassen wird allerdings durch das Bedürfnis einer ersten Klasse in dem internationalen Verkehr, in den Luxuszügen und den Schlafwagenzügen durchbrochen; im inneren Verkehr Deutschlands wird aber die erste Klasse sozusagen verschwinden. In der Luxusklasse soll der Tarif 9,3 Pfg. betragen.

Die Erhöhung des Einheitssatzes für die unterste Klasse wird allerdings unbequem empfunden werden, aber durchschnittlich beträgt die in der vierten Klasse zurückgelegte Fahrt im Personenverkehr ohne den Nahverkehr der Städte nur 28 Kilometer. Für diese 28 Kilometer wird der jetzige Preis von 1 Mk. in der unteren Klasse auf 1,10 Mk. erhöht; bei 50 Kilometer erhöht sich der Preis von 1,70 auf 1,90 Mk., bei 100 Kilometer von 3,30 Mk. auf 3,70 Mk.

Von dieser an sich geringfügigen Erhöhung soll der Berufsverkehr, der sich der Monatskarten, der Schülerkarten und der Arbeiterkarten bedient, gänzlich freibleiben.

Durch die Ermäßigung des Tarifs der zweiten Klasse entstehen Ausfälle, die durch Verdoppelung der Zuschläge für die Schnellzüge und die Eilzüge wieder eingebracht werden sollen; aber trotz der Erhöhung der Zuschläge tritt im ganzen eine Ermäßigung ein.

Schwere Erkrankung Dr. Stresemanns.

vdz. Berlin. Die Erkrankung Dr. Stresemanns, derentwegen die Empfänge anläßlich des 50. Geburtstages des Reichsaußenministers und der versprochene Besuch Dr. Stresemanns bei der Eröffnung der Pressa unterblieben sind, stellt sich doch als wesentlich ernster heraus, als man ursprünglich angenommen hatte. Es handelt sich, wie man erst jetzt erfährt, um eine Störung der Magen- und Darmfunktionen, die auch eine Nierenaffektion zur Folge hatte. Die Ursache der Erkrankung scheint noch nicht endgültig festzustehen. Man vermutet eine Fleisch- oder Pilzvergiftung, die sich Dr. Stresemann wahrscheinlich auf einer seiner letzten Reisen zugezogen hat. Das im Gefolge der Krankheit aufgetretene Fieber, das z. B. am Montag etwas über 38 Grad hinausging, hat begreiflicherweise auch das Herz etwas in Mitleidenschaft gezogen. Trotzdem hoffen die behandelnden Aerzte, Prof. Dr. Zondek und Dr. Schulmann, der Krankheit bald Herr zu werden. Man rechnet allerdings damit, daß Dr. Stresemann noch mindestens 14 Tage das Bett hüten muß und daß er infolgedessen in den Wahlkampf nicht mehr persönlich eingreifen kann.

Zu der Krankheit des Reichsministers Dr. Stresemann berichten die Blätter, daß Dr. Stresemann seit drei Tagen keine Nahrung zu sich zu nehmen vermochte, was eine Schwächung des ganzen Organismus zur Folge hatte. Eine Besserung ist darin gestern abend eingetreten. Dr. Stresemann konnte wieder etwas Nahrung vertragen. Unmittelbare Lebensgefahr besteht nicht. Selbst im günstigsten Falle wird der Heilungsprozeß mehrere Wochen in Anspruch nehmen, während welcher der Patient äußerster Schonung bedarf, und nach der Genesung wird der Reichsaußenminister sich mehrere Monate der Erholung widmen und auf eine anstrengende Tätigkeit verzichten müssen.

)(Berlin. Ueber die Erkrankung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann ist gestern abend von den behandelnden Aerzten folgende Mitteilung ergangen: „Reichsminister Dr. Stresemann ist an einem fieberhaften, paratyphusähnlichen Magen- und Darmkatarrh ernstlich erkrankt. Im Verlaufe der Erkrankung hat sich eine Affektion der Nieren hinzugesellt, die strengste Schonung und Bettruhe des Ministers dringend erforderlich macht. Infolgedessen ist jede Tätigkeit des Reichsministers für die nächste Zeit ausgeschlossen.

Gez. Prof. Dr. H. Zondek,
San.-Rat Dr. Gisevius,
Dr. Schulmann."

Wahlaufruf der Vaterländischen Verbände.

* Berlin. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände erlassen folgenden Wahlaufruf:

„31 Parteien zerreißen unser deutsches Volk im Wahlkampf! Daher dürfte letzten Freitag der berüchtigte Franzose Basch — eingeführt vom Demokraten Schönaich — unter dem Schutz von Beifallgebrüll des Berliner Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ungestraft Deutschland in schamlosester Weise schmähen und Landesverrätern huldigen! Soweit ist es unter der Herrschaft der Sozialdemokratie im heutigen Preußen gekommen. Wer zweifelt daher noch daran, daß es im Wahlkampf um rechts oder links, um national oder international geht? Darum laßt den Kampf im eigenen Lager ruhen! Unsere Losung ist: Gegen Marxismus, Internationalismus und würdelosen Pazifismus! Denkt an Hindenburgs Wort aus der Osterbotschaft: „Ich reiche jedem Deutschen die Hand, der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahrt, den konfessionellen und sozialen Frieden hält!" Dies tut und will die Sozialdemokratische Partei nicht. Daher, deutsche Männer und Frauen, gebt eure Stimmen nur den nationalen Parteien, die gewillt sind, auch nach der Wahl die Sozialdemokraten zu bekämpfen. Keine Stimme denen, die heute schon die große Koalition wollen und damit nur die Sozialdemokraten unterstützen. Keine Stimme den Mitschuldigen an der Schändung deutscher Ehre! Wahlrecht ist Wahlpflicht! Nichtwahl ist Linkswahl!

11. August — Nationalfeiertag?

vdz. Berlin. Auf der Tagesordnung der am Mittwoch stattfindenden Reichsrats-Sitzung steht auch eine Vorlage über den Nationalfeiertag. Diese ist von Preußen in Gemeinschaft mit mehreren anderen Ländern eingebracht worden und bezweckt in erster Linie, den 11. August, den Tag, an dem die Weimarer Reichsverfassung zustande kam, zum Nationalfeiertag zu erklären. Ob diese Vorlage bereits am Mittwoch zur Verhandlung kommt, steht noch dahin, denn die Ausschußverhandlungen sind vielleicht bis dahin noch nicht zum Abschluß gelangt. Da aber die Antragsteller allein offenbar schon eine Mehrheit im Reichsrat darstellen, so ist damit zu rechnen, daß der neue Reichstag bei seinem Zusammentritt schon eine Vorlage des Reichsrats über den Nationalfeiertag vorfinden wird.

SLUB
Wir führen Wissen.